

Für die Anwendung der Genfer Konventionen und des internationalen Rechts im Nahost-Konflikt

Keine Rüstungszusammenarbeit und kein Handel mit Rüstungsgütern zwischen der Schweiz und den Ländern im Nahen Osten

Gravierende Verletzungen der Menschenrechte und Verstösse gegen das Völkerrecht

Die in der letzten Zeit eingetretene Abnahme der Gewaltakte und der angekündigte Rückzug aus Gaza können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Situation der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten kontinuierlich verschlechtert. Durch die Vergrösserung der israelischen Siedlungen, den Weiterbau der Mauer und der Eingrenzung von Städten und Dörfern verletzt der israelische Staat und die Armee weiterhin die Rechte der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten und verstösst gegen internationales Recht, insbesondere die IV. Genfer Konvention (Ansiedlung von eigener Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten, Häuserzerstörungen, Kollektivstrafen wie Abriegelungen ganzer Gebiete, Folter, Administrativhaft, Deportationen). Die Resolution Nr. 242 des Uno-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 fordert Israel dazu auf, sich aus den von ihm besetzten Gebieten zurückzuziehen. Sie fordert zudem von allen Konfliktparteien, die Souveränität und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates zu respektieren und somit auch von den arabischen Staaten, dass sie das Existenzrecht Israels anerkennen. Ausserdem werden in den meisten arabischen Staaten elementare Menschenrechte noch immer mit Füssen getreten. Insbesondere die Meinungsfreiheit ist nicht gewährleistet, und willkürliche Verhaftungen von gewaltlosen politischen Oppositionellen sind an der Tagesordnung. Folter und unmenschliche Behandlung sind in der gesamten Region weit verbreitet.

Das Engagement für eine friedliche Lösung muss authentisch und glaubwürdig sein

Nach einer Phase relativer Zurückhaltung in der Rüstungszusammenarbeit mit Israel hat der Bundesrat beschlossen, Rüstungsgüter für 150 Millionen Franken aus Israel in das Rüstungsprogramm 2005 aufzunehmen. Indem er so handelt, gefährdet er die Glaubwürdigkeit seiner Aussenpolitik. Der Internationale Gerichtshof urteilte, mit Unterstützung der Schweiz, dass alle Staaten verpflichtet sind, „die durch den Bau der Mauer entstandene illegale Situation nicht anzuerkennen und zur Aufrechterhaltung der durch diese Konstruktion geschaffenen Situation keine Hilfe oder Unterstützung zu leisten“ und dass „alle Unterzeichnerstaaten der Vierten Genfer Konvention vom 12. August 1949 zusätzlich die Verpflichtung haben – in Respektierung der UNO-Charta und des Völkerrechts – sicherzustellen, dass Israel das internationale humanitäre Recht einhält, wie es in dieser Konvention festgelegt ist“.

Das Engagement der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen für die Einhaltung des Völkerrechts ist weder authentisch noch glaubwürdig, solange sie ihre Zusammenarbeit im militärischen Bereich (Produktion und Kauf von Rüstungsgütern, Besuch hochrangiger Delegationen, Geheimdienst) mit der Armee und der militärischen Industrie eines Staates fortsetzt, der systematisch gegen bestehendes Völkerrecht verstösst.

